

# 29. september:

In ganz Europa verabschieden die Regierungen Sparpakete gegen die Bevölkerung, um ihre milliardenschweren Rettungspakete für die Banken und Konzerne zu finanzieren. Für diese Kosten sollen wir zahlen. Die Banken, Broker, Wirtschaftsbosse und Reichen, die diese Krise maßgeblich (mit-) verursacht haben, werden hingegen nicht zur Kasse gebeten. Zeitgleich mit der Verabschiedung des Sparpakets durch die Bundesregierung am 2. September kann Ex-Bundesbankvorstand Sarrazin, begleitet von einem gewaltigen Medienecho, ungehindert seine rassistischen und islamfeindlichen Ausfälle gegenüber MigrantInnen verbreiten.

→ **Ein Zufall? Wohl kaum.** Es kommt den politischen und ökonomischen Eliten immer gelegen, die Menschen gegeneinander auszuspielen: Festangestellte gegen LeiharbeiterInnen, Geringverdienende gegen Erwerbslose, Erwerbslose gegen MigrantInnen, Männer gegen Frauen, die Liste ließe sich fortsetzen. Neu allerdings ist, dass die durch Sarrazin erzwungene „Integrationsdebatte“ nicht nur den rechten Rand der Gesellschaft bedient, sondern dass hier allgemein gültige gesellschaftliche Grundsätze geschaffen werden: Wer sich nicht anpasst, wird mit dem Verlust von sozialen Rechten bestraft.

→ **Das Sparpaket der Bundesregierung** trifft vor allem die Armen: die Geringverdienenden, Erwerbslosen, SozialleistungsempfängerInnen und MigrantInnen. Über 30 Milliarden EUR sollen im sozialen Bereich gekürzt werden: Das Elterngeld für Hartz IV-BezieherInnen soll gestrichen werden, WohngeldempfängerInnen sollen keinen Heizkostenzuschuss mehr erhalten, die Zuschüsse beim Übergang von

## für einen heißen herbst!

ALG I zu ALG II sollen ebenfalls wegfallen. Das Sparpaket wird zur weiteren sozialen Spaltung der Gesellschaft beitragen: In Ortsteilen, wo kinderreiche Familien leben oder viele Menschen Sozialleistungen beziehen, wird das durchschnittliche Einkommen viel stärker sinken als in bürgerlichen Wohngebieten. In Bremen betragen die Einkommensverluste durch das Sparpaket im Durchschnitt 70,50 EUR pro Kopf, aber in Schwachhausen sind es nur 17,00 EUR, während es Gröpelingen mit 150,00 EUR pro Kopf jährlich trifft.

→ **Doch nicht nur durch die geplanten Sparmaßnahmen sollen wir für die Kosten der Krise zahlen, auch die Privatwirtschaft weiß die Krise zu ihrem Vorteil zu nutzen:** Zu Beginn der Krise ist es vor allem unter LeiharbeiterInnen zu massenhaften Entlassungen gekommen. Inzwischen hat sich die Exportwirtschaft erholt und die geschrumpften Belegschaften werden wieder mit LeiharbeiterInnen neu

auf zum

## europaweiten aktionstag gegen die krisenpolitik der regierungen



bremer anti-krisen bündnis

...beteiligt euch an der  
**demo gegen europaweiten sozi-  
alabbau und die weltweite um-  
verteilung von unten nach oben!**

**am 29.09. um 16:30 h  
auftaktkundgebung  
ab domshof**

**(bereits ab 15.30 Uhr:  
ver.di-aktion auf dem domshof)**

aufgefüllt – allerdings müssen diese oft sehr viel schlechtere Arbeits- und Entlohnungsbedingungen in Kauf nehmen. Zugleich fordern Arbeitgeberverbände die Gewerkschaften dazu auf, Lohnzurückhaltung zu üben, „um den Aufschwung nicht zu gefährden“. Von diesem Aufschwung profitieren aber ausschließlich Unternehmen, Banken und Vermögende – unter tatkräftiger Mit- hilfe sämtlicher Regierungen der letzten Jahre bzw. Jahrzehnte.

→ **So sollte nicht aus dem Blick geraten, dass die systematische Verschlechterung der Arbeits- und Lebensbedingungen einen langen Vorlauf hat:** Insbesondere durch die Einführung der Hartz-Gesetze zwischen 2003 und 2005 wurden immer mehr Menschen gezwungen, für immer weniger Geld zu arbeiten. Aufgeweichter Kündigungsschutz und Hartz IV haben zu einer enormen Aus-  
weitung des Niedriglohnssektors, befristeter Arbeitsverhältnisse und nicht sozialversicherungspflichtiger Jobs geführt. Hiervon sind in verstärktem Maße Frauen und Migran-  
tInnen betroffen. Hartz IV

**wir  
zahlen  
nicht...**

bedeutet also staat- liche Subventionie- rung schlecht bezahlter Arbeit und Disziplinierung der Armen. Die Zu- nahme schlecht be- zahlter Arbeit hat außerdem dazu ge- führt, dass auch die

sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in den letzten Jahren einen beispiellosen Lohnabbau erlebt haben.

→ **Deutschland ist so innerhalb der EU zu einem Billig-  
lohnparadies geworden.** Diesen Wettbewerbsvorteil nutzt die exportorientierte deutsche Wirtschaft, um Ex- traprofiten zu Lasten anderer Volkswirtschaften einzufah- ren. So hat Deutschland unter anderem die griechische Außenhandelsbilanz verhagelt und zur Staatsverschul- dung auch in anderen europäischen Ländern beigetra- gen. Diese Länder schüren jetzt ebenfalls massive Sparpakete gegen die Bevölkerung – dafür gesorgt haben mit massivem Druck insbesondere Deutschland, der IWF und die Europäische Zentralbank.

**...für  
eure  
krise!**

→ **Die Krise ist global:** Überall sind die **Ärm-  
sten der Armen betrof-  
fen.** Vor allem in den so  
genannten Entwick-  
lungsländern sind die  
Menschen in ihrer Exi-  
stenz bedroht: Die Zahl  
der Hungernden ist um  
über 200 Millionen in die  
Höhe geschwellt, unter  
anderem deshalb, weil Spekulanten begonnen haben, mit  
Nahrungsmitteln zu spekulieren. Weltweit fliehen Millio-  
nen vor Hunger, Krankheit und Tod in den Norden, kön-  
nen durch größere Arbeitslosigkeit aber immer weniger  
Geld nach Hause schicken, was die Armut im globalen  
Süden zusätzlich vergrößert. In Nordamerika oder Europa  
leben MigrantInnen weitgehend entrechtet und werden  
lediglich als billigste Arbeitskräfte geduldet und ge-  
braucht. Wenn man sie nicht braucht, werden MigrantIn-  
nen als Schmarotzer diffamiert und einfach wieder  
abgeschoben.

→ **In vielen anderen europäischen Städten** wird es an die-  
sem Tag Aktionen und Demonstrationen geben. In Griechen-  
land und Spanien rufen die Gewerkschaften zu General-  
streiks auf. In Brüssel wird anlässlich des Treffens der EU-  
Finanzminister eine europaweite Demonstration stattfinden.

**Keine Krisenlösung zu Lasten der Armen! Wir fordern:**

→ **Nein zum Sparpaket, zur Kopfpauschale und weite-  
ren Verschlechterungen im Gesundheitswesen! Ab-  
schaffung aller Hartz-Gesetze und im ersten Schritt  
eine Erhöhung des Regelsatzes auf 500 EUR! Arbeits-  
zeitverkürzung auf 30 Stunden bei vollem Lohnaus-  
gleich! 10,00 EUR Mindestlohn und Abschaffung der  
Leiharbeit! Weg mit der Rente mit 67!**

**Die Reichen und Verursacher der Krise müssen zah-  
len! Wir fordern:**

→ **Ob Vermögenssteuer, erhöhte Spitzensteuersätze  
oder Finanztransaktionssteuer – die Besitzenden  
sollten massiv zur Kasse gebeten werden. Nicht zu  
hohe Kosten sind das Problem, sondern die fehlenden  
Einnahmen.**

**Für eine lebenswerte Gesellschaft fordern wir:**

→ **Umfassende Investitionen in Bildung, Gesundheits-  
wesen und Pflege! Banken und Schlüsselindustrien  
müssen vergesellschaftet werden! Die öffentliche Da-  
seinsvorsorge gehört unter gesellschaftliche Kon-  
trolle bzw. in die öffentliche Hand! Rekommunali-  
sierung der Versorgungs- und Infrastrukturbetriebe!**

→ **Wir fordern weltweit einen ökologischen Umbau  
der gesamten Gesellschaft! Nein zur Verlängerung  
der Laufzeiten für Atomkraftwerke, keine Geschenke  
an die Atomindustrie!**

→ **Keine Krisenlösung auf Kosten ärmerer Weltregio-  
nen! Schluss mit rassistischer Hetze gegen Migran-  
tInnen! Gleiche Rechte für alle!**